

sollten, wird sie keinen Augenblick anstehen, offen und nachdrücklich für die ersteren einzutreten."

Die Hoffnung, daß der drohende Conflict in Oesterreich zwischen dem Reichsrath und dem Ministerium sich glücklich werde beseitigen lassen, scheint sich nicht zu verwirklichen. Die Verminderung der Ausgaben, welche der Finanz-Ausschuß zur Vermeidung des Deficits von der Regierung verlangt hat, wird nicht vorgenommen werden, wenigstens nicht in einer genügenden Weise. Die Regierung hat sich allerdings bereit erklärt, die gewünschte Herabsetzung der Ausgaben vorzunehmen, wenn der Reichsrath die Zulässigkeit der Reversiments (Uebertragen von einem Ausgabe-Posten auf den andern) anerkennen wolle. Diese Uebertragungen würden aber jede Controle unmöglich machen, ob die Herabsetzung der Ausgaben auch wirklich da stattfindet, wo sie der Reichsrath für zweckmäßig erachtet, indem sie der Regierung gestatten würden, die für einen bestimmten Zweck bewilligten Gelder für einen andern Zweck zu verwenden. An eine durchgreifende Verminderung der Armee scheint man auch nicht mehr zu denken, im Gegentheil, es deuten gewisse Anzeichen darauf, daß man sich zum Frühjahr einen Krieg erwartet. Allerdings wünscht Oesterreich, um einen solchen beginnen zu können, einen Vertrag mit Preußen, in welchem letzteres ihm Venetien garantirt, doch sind bis jetzt alle Nachrichten, welche von dem bevorstehenden Abschluß eines solchen Vertrages sprechen, nur als unbegründete Gerüchte zu betrachten.

Was in Frankreich die einmal unvermeidliche „religiöse“ Frage betrifft, so versichert man, die Cardinäle seien fest entschlossen, dieselbe im Senate zur Verhandlung zu bringen. Man hat einen Augenblick versucht, die Eminenzen von diesem Beschlusse abzubringen, indem man ihnen versprochen haben soll, die Eröffnungsrede würde den durch die päpstliche Encyclica hervorgerufenen Streit ganz unerwähnt lassen. Dieser Vergleich wird jedoch zurückgewiesen werden; vielleicht hängt es mit diesem Fehlschlagen zusammen, daß man neuerdings wichtige Maßnahmen von Seiten der Regierung in Aussicht stellt. Es heißt, der Kaiser werde den geheimen Rath, den Ministerrath und den Staatsrath in Erwägung ziehen lassen, ob es nicht angemessen wäre, das Verhältniß zwischen Kirche und Staat durch einen Senatsbeschluß neu zu regeln. So heißt es; indeß sagt man sich freilich nicht minder, daß so entschiedene Maßregeln der Haltung des Kaisers nicht ganz entsprechen würden. Daß die Rede den Vortrag vom 15. Sept. v. J. als einen im Interesse des Papstthums, wie Italiens geschehenen Fortschritt proclamiren werde, hält man für gewiß. Die widersprechenden Äußerungen, die über die bevorstehende Rede des Kaisers geschehen, liefern den besten Beweis, daß man darüber etwas Genaueres noch nicht weiß.

Die neuesten Unruhen in Turin, welche von den reactionären Blättern natürlich wer weiß wie sehr gegen die italienische Regierung ausgebeutet werden, haben in Wirklichkeit keine besonders große Bedeutung und wenn auch Privatbriefe, die man in Paris aus Turin erhalten hat, wissen wollen, daß das Ministerium erschüttert und daß die Armee, weil man sie reduciren will, unzufrieden sei, so hat doch der Pariser „Abendmonit.“ ohne Zweifel noch Recht, wenn er sagt, daß die Depeschen aus Turin nur von „einigen, übrigens unbedeutenden“ Demonstrationen melden. Im Allgemeinen war von Cabinetsveränderungen in Turin schon längst die Rede und man weiß, daß man die Augen dabei besonders auf Visconti-Venosta geworfen hatte, der als früherer Minister die Septemberconvention unterzeichnet und einen sehr wichtigen Antheil an der Discussion des Gesetzesvorschlages in Bezug auf die Verlegung der Hauptstadt genommen hat. — Die Commission zur Prüfung des Gesetzesentwurfs über die Aufhebung der geistlichen Orden und die Einziehung der Kirchengüter, unter der Präsidentschaft Ricafoli's, hat sich dahin geeinigt, daß die Kirchengüter nicht, wie der Cultusminister Vacca vorgeschlagen, den Gemeinden und Provinzen, sondern dem Staate zu Gute kommen sollen.

Die Fortschritte, welche in Amerika von der unionistischen Armee wieder gemacht worden sind, lassen es sehr natürlich erscheinen, daß Jefferson Davis jetzt nicht mehr abgeneigt ist, Unterhandlungen anzuknüpfen. Doch sind die Gerüchte, als ob Blair irgendwie von der Regierung in Washington den Auftrag erhalten hätte, den Secessionisten den Frieden auf dem Präsentirteller entgegenzubringen, wie sich von selbst versteht, unbegründet. Nicht der Norden, sondern der Süden hat jetzt um Frieden zu bitten, und man thut wohl, bei den Secessionisten nicht mehr von Nachgiebigkeit, sondern von „Unterwerfung unter die Gebote der eisernen Nothwendigkeit“ zu reden, wenn vielleicht nächsten gemeldet wird, daß Lincoln im Weißen Hause Commissare empfangen hat, anstatt etwa selbst dergleichen nach Richmond zu senden. Auf die Frage: „Welcher Art werden die Folgen der Beendigung des furchterlichen Bürgerkrieges, dieser ungeheueren Krise für beide Welten sein?“ giebt die „N. Fr. Pr.“ sehr richtig zur Antwort:

„Der politische Segen der Wiederherstellung der Union, welche aus diesem Kampfe stärker und furchtbarer, als sie je gewesen, hervorgeht, wird zunächst darin bestehen, daß die zwei großen europäischen Seemächte wieder ein Gegengewicht erhalten, dessen Aufhören ja das Geheimniß der Sympathien war, mit welchen die Regierungen Englands und Frankreichs zu ihrer ewigen Schande die Sache der Secession unterstützten. Ebenso gewaltig, wie die politischen, werden die öconomischen Rückwirkungen der Wiederherstellung des Friedens in Amerika auf Europa sein. Man lasse sich nicht irre führen durch das Gerede der englischen Blätter, daß Nordamerika nach Wiederherstellung der Union aufhören werde, Baumwolle zu produciren. Was im Süden noch an Baumwolle existirt, wird nach Wiederherstellung des Friedens zum großen Theile seinen Weg nach Europa nehmen, und es sollen noch ungeheuerere Quantitäten Baumwolle zur Verfrachtung bereit liegen. Im Uebrigen aber wird die freie Arbeit verrichten, was bis jetzt die Sklaverei geleistet und binnen Jahr und Tag wird die amerikanische Baumwolle ihre schwächlichen, kurzfasrigen Concurrenten aus Indien und Egypten wahrscheinlich wieder vollständig von den europäischen Märkten verdrängt haben.“

Die Nachricht, daß der Kaiser von Mexiko die Kirchengüter als Staatseigenthum eingezogen hat, ist insofern überraschend, als ihr zufolge der Kaiser dem Clerus gegenüber eine Energie an den Tag gelegt hat, die man ihm kaum zugetraut hätte. Die clericale Partei sieht sich in Folge der neuesten Anordnungen den ganzen Vortheil entgehen, den sie sich von den Intriguen gegen Juárez, die ganz besonders von ihr ausgingen, versprochen hatte. Was den römischen Hof betrifft, so wird demselben nichts weiter übrig bleiben, als die kaiserlichen Entscheidungen entweder anzunehmen oder schlechthin zu verwerfen. Derselbe hat aber sicher kein Recht, sich über eine Sachlage zu beklagen, die er selbst herbeigeführt. Ehe der Kaiser Maximilian nach Mexiko ging, verhandelte er persönlich mit dem Papste und konnte wohl erwarten, daß der Nuntius Vollmachten mitbringen werde, um die Sache zu Ende zu führen. Da das nicht der Fall war, so ließ sich daraus schließen, daß die Absichten des päpstlichen Stuhles wenig aufrichtig und veröhnlich seien, und dem Kaiser blieb nichts weiter übrig, als dieser Ueberzeugung gemäß zu handeln. Der Clerus ist natürlich über diesen Ausgang der französischen Intervention in hohem Grade mißgestimmt; eine Demonstration, welche dem Nuntius Muth einsprechen sollte, ist, bevor sie zur Ausführung gelangte, vereitelt worden; der Erzbischof von Mexiko, in dessen Palast diese Intrigue angesponnen wurde, erhielt eine Verwarnung, und sein Secretär wurde aus der Stadt ausgewiesen. Man sprach sogar bereits von einer Pilgerreise, welche Mgr. Munguia nach Rom antreten würde. Miramon würde nach Berlin geschickt werden, um das preussische Artilleriewesen zu studiren.

Da in neuester Zeit viele Anstrengungen gemacht werden, den Strom der deutschen Auswanderer von Nord- nach Süd-Amerika zu lenken, so wollen wir nicht unterlassen, aus Buenos-Ayres ein Decret zu veröffentlichen, welches ein hübsches Licht auf die Bildungs- und Cultur-Verhältnisse des Südens wirft und gewiß jedem vernünftigen Deutschen die Lust zur Auswanderung dorthin benimmt. Die Zeitschrift „Nation Argentina“ vom 26. November druckt eine Verordnung des Präsidenten ab, nach welcher der Schutzheilige des Staates wegen grober Vernachlässigung seiner Pflicht abgesetzt und durch einen andern Heiligen ersetzt wird. Dieser Schutzheilige ist kein anderer, als der heilige Martin, der weder dem Scharlachfieber, noch der Trockenheit, noch den verheerenden Ueberschwemmungen gesteuert, der angeklagt ist, daß er sich auch nicht um die Blatternkrankheit bekümmert, so daß diese erst nach Einführung der Impfung verschwunden sei. Man habe, heißt es ferner, der räuberischen Indianer nur durch Anrufung der heiligen Jungfrau von Guajan und der heiligen Clara Meister werden können, indessen der erwähnte Schutzheilige ruhig geblieben sei und keine Hilfe geleistet habe. Es sei die Aufgabe des Präsidenten, die Verwaltung von schlechten Beamten zu reinigen, darum verfüge er, daß der heilige Martin, welcher das Vertrauen des Volkes verloren habe, abgesetzt sei. In Anerkennung seiner früheren Verdienste solle er doch als jährliche Pension vier einpfündige Wachskerzen erhalten, solle an seinem Namenstage ihm eine Messe gelesen werden. An seine Stelle tritt der heilige Ignaz von Loyola, der mit ritterlicher Tapferkeit schon am 5. Januar 1807 gegen das britische Heer gute Dienste geleistet und mit dem Range eines Brigade-Generals bekleidet und seinen Jüngern eine Pension von 800 Piastrern auf ewige Zeiten zugesichert; auch sei alljährlich in der Cathedrale ein vierstündiges Gebet für ihn abzuhalten und sein Namensfest durch dreitägige Festlichkeiten mit Feuerwerk, einem in der Haut gebratenen Ochsen und Nationaltänzen zu feiern.

Die  
pflicht  
dem Ab  
königlich  
auf diese  
sich von  
das Ges  
ist und  
specifit  
Zeiten a  
von bea  
Angaben

„Zig. fi  
lach) er  
dem Be  
den Ve  
zur Wa  
schlich  
wächter  
Polizei  
feuern,  
fall das  
Dienste  
erst au  
zimmer  
denn a  
lange n

D  
vom 31  
Gott u  
139 U  
139 C  
auspre  
Verhö  
ist kein  
Kinder  
Lehrer  
fahren

T  
gramm  
Antwo  
Bestig  
demnä  
Festse  
kunst

V  
Bayer  
1. Fel

Merzte  
ungesch  
durch  
König  
bestimm  
werden  
wird  
den n  
Merzte  
Staat  
liberal  
hat, s  
Dr. v  
das W  
gleich  
empfo

die  
Bezi  
Vorfi  
mit  
erlass  
welch  
Dres  
zum